Die Presse
title: **Die Presse**
issue: **20/05/2022**
page: **14**

Lässt sich der Wohlstandsverlust bremsen?

Stagflation. Nicht nur Österreich bekämpft die hohe Inflation bei schwachem Wachstum mit ungeeigneten Mitteln. Es geht jetzt nicht darum, den unvermeidlichen Wohlstandverlust aufzuhalten, sondern den Wiederaufschwung vorzubereiten.

Die Inflationsrate steigt und steigt und die BIP-Prognose sinkt und sinkt. Es wird nicht mehr lang dauern, und Österreich wird wie die gesamte Eurozone in einer handfesten Stagflation – hohe Inflation bei wenig oder gar keinem Wachstum – stecken. Eine Situation, mit der die Wirtschaftspolitik sichtlich noch nicht recht umgehen kann.

Was auch kein Wunder ist: Zuletzt war dieser giftige, sehr schwer unter Kontrolle zu bekommende Mix vor fast 50 Jahren, in den 70ern des vorigen Jahrhunderts, Realität. Es gibt also keine aktiven Wirtschaftspolitiker mehr, die damit Erfahrung hätten. Und nur noch ganz wenige Altpolitiker, die während der letzten ähnlichen Situation aktiv waren.

Hannes Androsch beispielsweise. Der Industrielle war von 1970 bis 1981 Finanzminister und ab 1976 auch Vizekanzler der Republik. Hatte also das zweifelhafte Vergnügen, während beider Ölkrisen und dem dadurch ausgelösten heftigen Stagflationsszenario mit hoher Inflation und hohen Arbeitslosenraten die wirtschaftlichen Geschicke des Landes mitgestalten zu dürfen.

Wie beurteilt er eigentlich aus seinem Erfahrungsschatz den Umgang der aktuellen Politik mit der Krise, der sich bisher nicht nur in Österreich überwiegend in direkten Staatshilfen – da ein Gutschein, hier eine Mehrwertsteuersenkung auf Treibstoffe, dort eine direkte Subvention – erschöpft?

Das sei sinnlos, sagt Androsch. Eine Stagflation bringe zwingend Wohlstandsverluste. Und die ließen sich durch staatliche Direkthilfen leider nicht verhindern. Natürlich müsse man Menschen, die von hoher Teuerung in Armut gestürzt werden, gezielt direkt helfen. Aber mit der Gießkanne herumzulaufen und tröpfchenweise undifferenziert Wohltaten zu verbreiten verschlimmere das Problem eher.

Hannes Androsch, Finanzminister während der letzten Stagflation in den 1970er-Jahren (das Foto stammt von 1977): „Wohlstandsverluste sind unvermeidlich, die Gießkanne hilft dagegen nicht." [Getty Images/Ullstein bild]

Klar: Staatshilfen sind in der Regel Staatsschulden. Die werden derzeit praktisch im Alleingang von der EZB finanziert. Per weiterer Aufblähung der Geldmenge. Was nur Inflation befeuert.

BILANZ

VON JOSEF URSCHITZ

Statt sich mit verlorenen Staatshilfen gegen den unvermeidlichen Wohlstandsverlust zu stemmen, müsse der Staat vielmehr die Voraussetzungen schaffen, dass die strukturellen Hemmnisse für den Wiederaufschwung, also für das Aufholen dieses Wohlstandsverlusts nach der Krise, beseitigt werden. Der Schwerpunkt müsse also bei Bildung, Forschung und Stimulierung der Investitionsdynamik liegen. Und nicht bei undifferenzierten Gießkannensubventionen. Dafür gebe es viele Betätigungsfelder, etwa im Bereich der Energiepolitik, wo ja eine umfassende Transformation zu erneuerbaren Energien ansteht.

Soweit der Praktiker. Eine Einschätzung, die übrigens viele Ökonomen teilen. So sind etwa Mehrwertsteuersenkungen, wie sie in einigen Ländern auf Treibstoffe oder Nahrungsmittel diskutiert werden (oder schon umgesetzt wurden) höchst umstritten. Das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung meint beispielsweise, das sei „ökonomisch eher schädlich" und habe auch nur sehr begrenzt inflationssenkende Wirkung. Zumindest ein Drittel solcher Steuersenkungen ging in der Regel nämlich gar nicht an die Konsumenten, sondern würde von den Unternehmen einbehalten. Und der Rest begünstige überwiegend einkommensstärkere Haushalte, die diese Hilfe gar nicht benötigten. Dafür trete ein zusätzlicher Inflationsschub ein, wenn die Hilfen auslaufen. Besser seien pauschale Zahlungen an genau definierte Zielgruppen, etwa Sozialhilfeempfänger und einkommensschwache Familien.

Extrem kontraproduktiv sind freilich auch zusätzliche Steuern. Im Sommer wird die Einführung einer CO_2-Steuer in Österreich für einen zusätzlichen Schub für die dann möglicherweise ohnehin schon zweistellige Inflationsrate sorgen. Obwohl die Intention dieser Steuer – fossile Brennstoffe zu verteuern – durch den Markt längst schon in viel größerem Ausmaß vorgenommen wurde, als dies eine CO_2-Abgabe jemals könnte. Die Einführung dieser Steuer auf ruhigere Zeiten zu verschieben wäre also eine sehr sinnvolle Maßnahme. Allerdings hat sich die Regierung hierzulande, wo in der Energiepolitik Ideologie zunehmend die Vernunft ersetzt, schon festgelegt.

Eine Schlüsselfunktion kommt in dieser stagflationären Situation auch der EZB zu, meinen die Ifo-Forscher. Die müsse jetzt endlich mit Zinsanhebungen reagieren. Zwar müsse das vorsichtig geschehen, um die ohnehin zum Stillstand kommende Konjunktur nicht tief in die Rezession zu stoßen. Aber die Gefahr, zu spät zu handeln und dann mit noch weit höheren Kosten eingreifen zu müssen, sei deutlich größer. Schließlich deuten ja Vorlaufindikatoren darauf hin, das sich die Inflation in den kommenden Monaten noch beschleunigen wird.

In der EZB scheint aber noch immer die Ansicht jener Ökonomen die Oberhand zu haben, die, wie etwa der trotz seiner krassen Inflationsfehlprognosen in Deutschland seltsamerweise immer noch als „Top-Ökonom" gehandelte DIW-Chef Marcel Fratscher, meinen, die EZB könne gegen die Teuerung gar nichts machen. Diese sei schließlich primär auf Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen zurückzuführen, auf die die Notenbank so gut wie keinen Einfluss habe.

Was aus europäischer Sicht natürlich blanker Unsinn ist: Rohstoffe und Energie werden auf dem Weltmarkt überwiegend in Dollar gehandelt. Die wegen der Untätigkeit der EZB wachsende Zinsdifferenz zu den USA hat den Euro gegenüber dem Dollar extrem unter Druck gebracht. In den vergangenen zwölf Monaten hat der Euro gegen dem „Greenback" deshalb um fast 15 Prozent abgewertet.

Um diese Differenz ist der Import von dollargehandelten Rohstoffen und Energieträgern im Euroraum aus Verschulden der EZB teurer geworden. Das ist ein gar nicht so kleiner Teil jener Energiepreiserhöhungen, die im Konsumentenpreisindex aufgetaucht sind. Die EZB kann die Teuerung zwar nicht beseitigen, aber wie man sieht, wesentlich stärker beeinflussen, als dies eine Mehrwertsteuersenkung jemals könnte.

Es ist also keineswegs so, dass es keine mittelfristig wirkenden Rezepte gegen die Stagflation gäbe. Notenbanker und Wirtschaftspolitiker müssen jetzt allerdings die Ärmel aufkrempeln und auch kurzfristig unpopuläre Maßnahmen setzen. Gegen den Wohlstandsverlust können sie nichts mehr unternehmen. Aber sie entscheiden jetzt darüber, ob und wie schnell dieser nach der Krise wieder kompensiert werden kann. Dafür brauchte man freilich einen stringenten Plan. Und den scheint nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa noch niemand zu haben.

E-Mails an: **josef.urschitz@diepresse.com**

META Communication International
Zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.
Anfragen zu weiteren Nutzungsrechten an den Verlag oder Ihren Medienbeobachter